

Die Constitution.

Tagblatt

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Verantwortlicher Redakteur:
L. Häfner.

Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redakteure:
M. Grigner. L. Hauf.

N^o 125.

Wien, Mittwoch den 23. August

1848

Wien, den 22. August. Es ist Alles ruhig, und, wie schon mehrmals, müssen wir es auch dießmal sagen, der schüßende Engel, der über Wien, dem Palladium der Demokratie, waltet, hat auch gestern die Stürme abgelenkt, die drohend über unsern Häuptern lagerten, der Ausfall, den die Reaction aus ihren Verschanzungen gewagt, ward mit empfindlichem Verluste zurückgeschlagen, und die gute Sache hat einen glänzenden Sieg gefeiert. Der Gemeindeauschuß stürzte in den Abgrund, den er unserm Sicherheitsauschusse gegraben zu haben glaubte, und wird nach einigen Bindungen in seinem schwarzelben Blute ganz verendet sein. Die Entrüstung über sein unberufenes Dictatur-Debut ist nicht allein unter den Ultra's, sondern auch unter den Gemäßigten allgemein, und die unverantwortliche Ungeschicklichkeit, mit der er seine Rolle durchführte, indem er auf eigene Faust Wien in Belagerungszustand erklärte, weil einige hundert unbewaffnete Arbeiter eine (gleichviel ob passende oder unpassende) Petition stellten, — Generalmarsch schlagen ließ, die sämtliche Nationalgarde unter Waffen rief als die Mehrzahl der Arbeiter bereits im Abziehen war, — den ganzen Verkehr hemmte, alle Thore sperren und selbst mit Kanonen besetzen ließ (!) — hat ihm den verdienten Todesstoß gegeben, die öffentliche Meinung hat ihn gerichtet, da er seine schwarzelbe Anarchiesehnucht zu deutlich an den Tag gelegt. Dagegen wird es heute wohl Niemand mehr wagen, die Nothwendigkeit des Fortbestandes des Sicherheitsauschusses zu läugnen. Was übrigens die Arbeiter anbelangt, so hatten sie eine Deputation auf die Aula gesandt, welche erklärte, daß sie allenfalls die 5 abgezogenen Kreuzer wohl verschmerzen könnten, aber nun und nimmermehr würden sie die Auflösung der Studentenlegion zu geben. Es hat sich da wieder deutlich gezeigt, daß edler Sinn unter den zerrissenen Röcken der Arbeiter lebt, der nur einer zweckmäßigen Leitung bedarf, um sie vor jedem Abwege zu bewahren, auf den sie der Mangel an Bildung und Aufklärung führen könnte, den sie unsern erbärmlichen Volksschuleinrichtungen verdanken. Möge man nur immer bedenken, daß die Arbeiterklasse vor allen ein Recht hat, schonend behandelt zu werden, wenn sie wirklich einmal irrt, denn sie ist ja durch ihre völlig veräüßerte Erziehung und durch ihre Paria-Stellung im Staate genug gedrückt, um, selbst wenn sie nicht in den Barrikadentagen alle unsere Errungenschaften vor dem Neuchelmorde gerettet hätte, volles Anrecht auf brüderliches Entgegenkommen aller andern Klassen zu haben. Weil sie aber eben damals durch ihre aufopfernde

Hingebung für die gute Sache und ihre wahrhaft edle Haltung die akademische Legion, und mit ihr die Ehre unserer Revolution gerettet, während nur ein verhältnißmäßig geringer Theil der Nationalgarde ein Gleiches that, so ist ihnen namentlich letztere schuldig, sie wie Menschen und nicht, wie es gestern theilweise geschah, wie tolle Hunde zu behandeln. Wir hatten leider Gelegenheit, den unnatürlichen Bürgerblutdurst mehrerer Garderegimenten gestern wahrzunehmen und selbst Beweise davon zu sehen. Jedoch haben wir zu unserer innigsten Freude von den meisten, namentlich den Vorstadtcompagnien den festen Entschluß vernommen, gegen Arbeiter durchaus nicht thätlich aufzutreten, außer wenn sie einen bewaffneten Angriff machen würden. Gott sei Dank, es giebt nicht viele blutschnauende Unmenschen, an denen der ganze Mensch aus einer menschlichen Uniform besteht, die eine teuflische Lust darin finden, einem zerlumpten Arbeiter, weil er sich von seinem ärmlichen Lohne nur widerstrebend einen Theil abziehen läßt, als Canaille ein Bajonett in den Leib zu rennen! —

Es cursirt heute ein neues Flugblatt: „Secker der Republikaner in Wien“, welches ein Meisterstück der schwarzelben Perfidie ist. Wir machen das Publikum auf diese in anscheinend erzradikalem Tone geschriebene Judaszeilen aufmerksam, da es im Interesse und in der Pflicht der gesammten demokratischen Partei liegt, diesen Lopyola zu desavouiren und zu entlarven. Vor Allem leuchtet die (schon so oft besprochene und leider nur zu sehr vorhandene: Anarchiesehnuchtige Tendenz des Blattes aus den Zeilen: „Mittlerweile hat sich die republikanische Partei in Deutschland immer weiter verzweigt, und auch in Wien hat sie unter den geistreichsten Volksmännern und besonders unter der freisinnigen Jugend einen zahlreichen Anhang, und ist es nicht unmöglich, daß in nicht zu entfernter Zeit diese Partei siegen wird“. Aus diesen Zeilen tritt die Absicht, die Furcht vor Republik und Republikanern von Neuem unter das Volk zu schleudern, wieder anzufachen, und die Legion mit den heuchlerischen Worten „freisinnige Jugend“ des Republikanismus zu verdächtigen, klar hervor, denn kein verständiger Mensch hält für unser heutiges Oesterreich eine andere Staatsform für möglich, als die constitutionell-monarchische, und alle Wünsche der Radikalen concentriren sich ausschließlich auf ihre Durchführung in echt demokratischem Sinne. Deshalb kann obiges Flugblatt von der radicalen Partei nur desavouirt werden, wenn auch nicht in den letzten Zeilen desselben in echt

jesuitisch-benutzender Weise der fromme Wunsch ausgesprochen würde, „Heker möge doch ja, da er nun wirklich nach Wien komme, nicht abermals ein Märtyrer der Republik werden, eben jetzt erheben sich in jugendlichem Muth von Neuem ihre Anhänger!“ und gleich darauf als solche mehrere radikale Redacteurs namentlich proscribirt wären.

Die Worte, die das Blatt den Abgeordneten Brentano sprechen läßt: „daß, wenn Heker Hochverräter sei, man den Prinzen von Preußen mit weit größerem Rechte auch als solchen erklären müsse“, würden allein genügen, den Verfasser als Verläumder zu erklären und das Plakat in die richtige Beleuchtung zu setzen. Aus diesen schamlos erlogenen Worten deducirt das Blatt das Entstehen einer Adresse im demokratischen Vereine, welche es — die Lüge ist wahrlich großartig frech! — von der ganzen Linken des Wiener Reichstages, dem Sicherheitsauschusse, der akademischen Legion u. unterschrieben nennt, während sie bekanntlich keine einzige Korporation unterschrieb, als der demokratische Verein. Sollte übrigens Dr. Schütte, wie das Plakat nicht zu erwähnen vergißt, in der Aula sowohl als im demokratischen Vereine die Republik zum warmvertheidigten Gegenstande seiner Reden gewählt haben, so geben wir ihm den guten Rath, den Boden, auf dem er sich befindet und bewegen will, besser zu studiren und nicht durch seine unverantwortliche Unbesonnenheit, die die demokratische Sache von Neuem gefährden könnte, der Reaction in die lästernen Hände zu arbeiten, was ihm ohne Zweifel von vielen Anhängern der radikalen Partei als Absicht ausgelegt werden wird. Senes Flugblatt glauben wir hinlänglich bezeichnet zu haben; vielleicht sollte dasselbe wohl der heutigen Sitzung des ultraschwarzgelben „patriotischen Vereines der Freunde der constitutionellen Ordnung“ als Folie dienen, der die Errichtung eines Schug- und Trugsbündnisses aller rechtlichen patriotischen Bürger gegen alle anarchischen und republikanischen Umtriebe, und eine Adresse an die reactionäre, 36thümelnnde Frankfurter Rechte, auf die Tagesordnung setzt. Nun, der Tag ist recht gut gewählt, man muß sich selbst im Tode noch groß zeigen. Wenn die Adresse nur nicht an der Unterschriften-Schwindsucht zu Grunde geht! Es wäre Schade. — Grigner.

Reichstags-Sitzung vom 21. August Abends.

Die Sitzung beginnt um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends. Es wird die Debatte über die Finanzfrage fortgesetzt.

Abgeordneter Böhner spricht wieder kreuz und quer, ohne einen passenden Gedanken. Er verläßt die Rednerbühne, ohne daß die Versammlung weiß, was er eigentlich wollte. Wir sind überzeugt, daß er es selbst nicht gewußt hat. Abgeordneter Smolka ist von der Nothwendigkeit des Credits nicht überzeugt, da ja keine nähere Detaildarstellung der Finanzlage vorliege. Was den italienischen Krieg betreffe, dessen Kosten im Ausschußantrage ebenfalls figuriren, so wolle er, daß diese nicht allein die Kosten tragen. Man hoffe sie wohl Karl Albert anzuhängen, das hieße aber nur mit andern Worten: die italienischen Völker müßten dafür zahlen, daß sie ihren Brüdern zu Hilfe gekommen seien. (Beifall und Rufen.) Er verweise auf Schleswig-Holstein. Ob dort wohl Deutschland die Kriegskosten tragen werde?

Dem Abgeordneten Lasser folgt Abgeordneter Borrosch. Vor Allem beklagt er, daß man die Nationalbank in Anspruch genommen habe. Wer sich vom Teufel bei einem Haare erfassen lasse, sei sein auf

ewig. Er fürchte aber, die Nationalbank habe uns beim Zopf gefaßt und werde uns zuletzt beim Schopf festhalten.

Unser Metallgeld ist in großer Masse in auswärtige Kanäle gestossen, jetzt bestehe noch Schmuggelhandel an der Grenze damit, und daran trage der unverhältnißmäßig hohe künstliche Cours der Staatspapiere Schuld. Die Nationalbank, in deren Interesse dieß geschehen, habe sich dafür geberdet, wie ein banquerotter Kaufmann, der in der Equipage fährt und seine redlichen Gläubiger mit Noth bespricht. Leider sei jetzt keine Zeit zu heroischen Schritten, daher halte er sich nur berufen, einige allgemeine Bemerkungen zu machen.

Wie bereits bemerkt, habe der künstlich erzeugte hohe Cours der Staatspapiere zunächst den starken Abfluß des Geldes veranlaßt. Um der Begünstigung willen seien vom Auslande Massen herein gedrungen. Wir aber haben bloß die Differenzprämie bezahlt. Das Selbstaufverbot sei weiter nichts, als eine schwere Strafe für einen ehrlichen Kaufmann. Ehrlichen Buchhändlern z. B. habe die Erhaltung ihres makellosen Credits heuer einen dreijährigen Erwerb gekostet. Von Nutzen sei es für die Gesammtheit durchaus nicht gewesen, wohl aber habe es Einzelnen Anlaß zu Gaunerstückchen gegeben.

So lasse sich im täglichen Verkehr auch der Mangel an Scheidemünze unangenehm empfinden. In der neueren Zeit habe man nur Scheidemünze im Conventionsfuß ausgeprägt, nicht auch in Wiener Währung. Es habe diese Nachlässigkeit, außer dem eben jetzt fühlbaren Mangel eines Verkehrsmittels noch den Nachtheil, die Bedürfnisse zu vertheuern. Denn es sei einleuchtend, daß man um einen Pfennig nichts bekomme, wo eine solche kleine Theilungsmünze nicht existire. Würde in der bisherigen Weise fortgefahren, so müsse die ärmste Klasse nächstens auch die geringste Kleinigkeit mit einem guten Kreuzer bezahlen. Er wünsche daher speciell noch eine genügende Emission von Scheidemünze.

Die Aufhebung des Ausfuhrverbots gegenwärtig würde uns keinen Segen bringen, da uns im Momente nicht die bedeutenden Kräfte zu Gebote stehen, den Geldmarkt draußen wieder zu beherrschen. In letzter Zeit sei sogar das seiner Legirung nach sehr schlechte preussische Courantgeld weit über seinen Werth bezahlt worden. Das österrreichische Geld gehe aber als Waare namentlich nach Baiern und Würtemberg, um dort seines guten Gehaltes wegen gleich wieder umgeprägt zu werden. Daher halte er für das wirksamste Mittel gegen diese unmerklichen und doch furchtbaren Selbaderlässe einen gleichen Münzfuß.

Im Vorbeigehen müsse er bemerken, daß der Staat die Fabrication von Papiergeld der Nationalbank theuer bezahlt habe, während er es selbst viel billiger hätte machen können.

Wegen des Zwangscourses weise er auf Assignaten, Bankozettel und derlei hübsche Erinnerungen.

Gegen Hypothecirung ist er aus Achtung vor der Heiligkeit des Nationaleigenthums.

Ob denn wohl der reichlich dotirte Schuldentilgungsfond so emsig getilgt habe, daß nichts mehr zu unserer augenblicklichen Unterstüßung vorhanden sei?

Ob ein Solarjahr oder ein Verwaltungsjahr gemeint sei? Der Finanzminister erwidert: bis 1. November sei gemeint. Und Borrosch klagt ihm mit einem zerknirschten Jammergefichte, in einem Tone, welcher der Ahnfrau des Hauses Borotin angehören konnte, schauerlich nach: Bis 1. November!

Politische Fragen des Anlebens wolle er darum nicht berühren, weil

es mit seinen Ansichten von Executivgewalt nicht übereinstimme und man zunächst dem Vaterlande helfen müsse.

Abgeordneter Dylewski will Vereinfachung der Verwaltung zur Ersparung. Denn namentlich in Galizien seien die Verzehrungssteuer-Beamten wahre Steuerverzehrungs-Beamte. Seine Anträge sind folgende:

Bewilligung der Anleihe. Dagegen Vertilgung von 27.400,000 noch nicht verkauften Hypothecarscheinen auf die Gmundner Saline. — Sistirung der Ablieferung galizischer Depostengelber an den Tilgungsfond und Rückstellung der bereits abgeführten. — Endlich sollte diese Bewilligung ein Gesetz sein, morgen zum zweiten, übermorgen zum dritten Male verlesen werden.

Abgeordneter Solbmark widerlegt das bekannte Sprichwort, indem er zuletzt spricht. Zuerst räumt er auf mit den frommen Wünschen und hebt sich solche für's Budget auf. Dann erklärt er, in der Medicin sei es ein Grundsatz: Der Arzt müsse den Kranken so schnell und so angenehm als möglich heilen. Hier hören des ehrenwerthen Mitgliedes finanzielle Kenntnisse auf. Ihm steht nur so viel fest: Der kranke Staat muß einnehmen. Wie es aber mit dem Abführen ausseht, kümmert ihn nicht.

Nun besteigt Finanzminister Kraus, die schwergeprüfte Secuba, die Rednerbühne, um einige Bemerkungen zu beleuchten.

Ein geistreicher Redner vermisse geniale Gedanken. Er sei mit diesem Mangel einverstanden. Doch habe sich es nicht um einen Finanzplan gehandelt, sondern um einen abgeforderten Fall. Für den genialsten Gedanken halte er den, welcher den Leuten, die zahlen sollen, klar mache, daß sie zahlen müßten.

Diesen genialen Gedanken hat nun jedenfalls der Finanzminister gehabt, denn erkehrte zuerst die Staatsstaschen um und zeigte: hier ist Nichts, und hier ist noch weniger als Nichts. Er stürzte sogar das Portefeuilleungeheuer um und zeigte: Hier ist erst recht Nichts, und bewies damit sonnenklar, daß gezahlt werden müsse. Wir sehen uns also genöthigt, unserm Finanzminister zu diesem Solitär von genialen Gedanken zu gratuliren.

Man habe den Vorwurf gemacht, daß alle Nachweisungen gänzlich fehlen. Dem müsse er widersprechen. 1. Liege ein Ausweis über die Finanzen für eine Reihe von Jahren vor, aus dem man ein beiläufiges Urtheil über die Kräfte des Staates zu bilden im Stande sei. 2. Zeigten die veröffentlichten Monatsabschlüsse des laufenden Verwaltungsjahres die Ursachen der Verlegenheit und die Gründe, aus denen theilweise, nächstens sogar eine bessere Zukunft hervorgehe. Italiens Abfall und der dortige Krieg haben doppelten Schaden gebracht. Denn es blieben nicht nur die Einkünfte eines reichen Landes weg, sondern es kamen der Rüstungen wegen bedeutende Ausgaben dazu. —

Aber eben so hatte die Einnahme in den hier vertretenen Provinzen abgenommen. Dieser Zustand sei offenbar nur ein vorübergehender, kein bleibender. Ist dieses nun der Fall, so brauche der Finanzminister keine weiteren Details für das Bedürfnis zu geben, als wie sie eben in den Monatstabellen vorlägen. — **Hypothek** habe er namentlich zur Zeit, wo die Grundzüge seines Antrages entworfen worden, also vor den Erfolgen in Italien, für einen großen Vortheil gehalten. Er habe einerseits den Ansichten von Geldautoritäten Rechnung getragen, welche einen günstigeren Abschluß bei Hypothecirung in Aussicht stellten. Auch habe er den Nutzen der Hypothek bei der galizischen Landesbank erkennen zu müssen geglaubt, wo die Bankpapiere meist

über, nie aber unter pari noch gewesen sind, trotzdem daß der wenig cultivirte Boden kein brillantes Deckungsmittel ist. Gegenwärtig aber, wo in Italien die Lage der Dinge eine andere geworden, sei auch er der Ansicht, man werde ohne Hypothek ebenfalls den Zweck erreichen.

Mit Sobbi's Antrage: die Staatsschuld für **unantastbar** zu erklären, stimme er in der Tendenz vollkommen überein und habe dieß bei einer früheren Gelegenheit bereits ausgesprochen. Doch möge man jetzt, da Ungarns und Italiens Verhältnis zur Gesamtschuld nicht festgestellt sei, keinen solchen Beschluß fassen. Es gelte, dießfällige mögliche Consequenzen zu verhüten.

Italien die gesammten Kriegslasten aufzuerlegen, sei dem Finanzminister nie eingefallen. Daß dieß nicht geschehen solle, beweise selbst Graf Radeky, der bei seinem Einzuge in Mailand Abgaben aufgehoben und herabgesetzt habe. Es sei auch bereits ein Vertrauensmann, Hofrath Endthofer, zur Finanzregelung dahin abgegangen, welcher die bestimmte Weisung habe, jede Ueberbürdung zu vermeiden.

Wir wollen uns vor der Hand eines Commentars über diese Bemerkungen enthalten.

Zwangscours wäre wohl für das Finanzministerium das bequemste Mittel gewesen. Doch sei er durchaus dagegen, weil es dem Credit wesentlichen Schaden brächte. Er hoffe zuversichtlich, auch mit den gebotenen Mitteln über die momentane Verlegenheit zu kommen.

Abgeordneter Newall habe einen Antrag unter Berufung auf Preußen gestellt. Er ging davon aus, daß die dortige Maßregel einen günstigen Erfolg gehabt habe. Der Finanzminister erinnere sich aber, daß zwar in den ersten Tagen stärkere Zeichnungen geschahen, glaube aber versichern zu können, daß das Endresultat kein genügendes gewesen. Deshalb citirt Kraus einen Erlaß des Finanzministeriums, worin die irrige Meinung berichtigt wird, daß fernere Zeichnungen zur freiwilligen Anleihe nicht zugelassen werden sollen. Der erste festgesetzte Schlußtermin sei der 10. August gewesen, genannter Erlaß aber datirt vom 18. Diese **Sin aus schiebung** spreche nicht für die Maßregel.

Der Abgeordnete habe ein **Zwangsanlehen** als Schreckmittel gebrauchen wollen.

Nur habe der preussische Minister das Zwangsanlehen auf die Einkommensteuer reparirt. Wir müßten uns also erst eine solche Ueber-sicht schaffen. Die dazu nöthige Taxirung sei eben so belästigend, als zeit-raubend, während das Bedürfnis ein dringendes sei. Daher gewähre im vorliegenden Falle das Zwangsanlehen keinen Nutzen.

Uebrigens sei er auch im Principe dagegen. Denn man fordere den Beitrag dadurch auf eine beschwerlichere Weise von den Steuerpflichtigen, als durch Abgaben. Nun sei es gegenwärtig sehr schwer, auch nur die currenten Steuern aufzutreiben. Wolle man diesen durch Vertheidigung des Zwangsanlehens noch einen bedeutenden Betrag hinzufügen, so sehe er nicht ab, wie die Einbringung möglich sein solle? — Den Realitätenbesitzern könne man allerdings ihr Vermögen nachrechnen. Sie litten aber gleichfalls durch die Finanzkrisis und die unbeweglichen Realitäten seien kein bewegliches Geld, die nothwendige In-gredienz des Zwangsanlehens.

Abgeordneter Newall macht zu diesem Stücke unbarmherziger Anatomie von Seiten seines Herodes, Kraus, ein Gesicht, als ob ihm die Geschichte von herblehemitischen Kindermorde erzählt würde. Man habe ausgestellt, daß er nicht den completen detaillirten **Schuldenstand** vorgelegt habe. Allerdings habe er ihn dem Präsidenten des Finanzausschusses übermittelt. Im Vorbeigehen aber müsse er bemerken, daß es

Staaten gebe, die noch mehr verschuldet seien, als Oesterreich. Die Vorlage wäre aber seiner Ansicht nach überhaupt unnöthig gewesen, indem die Anleihe von 20 Millionen keine bleibende Last werden solle. Sie sei kein fundirtes Anlehen, denn sie solle in Papieren der schwelenden Schuld ausgegeben werden, die wieder in die Cassen zurückkehrten.

Was die **Schwierigkeiten** bei der Annahme solcher Cassenanweisungen betreffe, so glaube er, sei klar, daß sie mindestens gleiche Sicherheit mit den Banknoten hätten. Er sei der Ansicht, daß man bei gleicher Sicherheit ein verzinsliches Papier lieber nehmen werde, als ein unverzinsliches.

Rücksichtlich der einzelnen Punkte des Antrages erklärt sich der Finanzminister mit dem ersten, wegen Bewilligung von 20 Millionen, ganz einverstanden. Wegen des auf 6 Millionen beschränkten Vorschusses der Nationalbank im Falle des äußersten Bedürfnisses spricht er jedoch die Befürchtung aus, möglicher Weise in seiner Operation gehemmt und im Abschlußcurse gedrückt werden zu können.

Wegen des Zusages: das Finanzministerium sei auch für die italienischen Geldangelegenheiten verantwortlich, erkläre er seine volle Zustimmung. Wenn irgendwo kein Zweifel gebildet werden darf, so ist dieß bei den Finanzen der Fall. Da dürfe kein Winkel sein, in welchen nicht das Licht bringe.

Wegen der Nationalbank werde er den Antrag stellen, daß sie über alle Fragen, welche sie berühren, vernommen werde.

Das Bedürfnis eines Finanzausschusses als Organ des Reichstages erkenne er vollkommen, doch müsse er gegen allen Einfluß desselben auf specielle Leitung sich verwahren, da sonst die Verantwortlichkeit zur Illusion werde.

Was die **Depositengelder** betreffe, so würden sie auf des Eigenthümers Forderung unverzüglich zu dessen Disposition gestellt. Es sei irrig, wenn man sage, diese Gelder lägen todt, da sie vorläufig mit 3% verzinst würden. Auch sei die Anordnung getroffen, daß sie in der Währung der Abfuhr rückerstattet würden. Einen Grund zum Mißtrauen, daß eine Verkürzung der Depositengelder, wie vor vielen Jahren, eintreten könne, dürfe er schon darum nicht für stichhaltig annehmen, weil das Ministerium an die Anordnungen des Reichstages gebunden sei.

Was die **Scheidemünze** betreffe, erkenne er das Bedürfnis und wünsche den Münzfuß in jenen des Zollvereins zu verwandeln. Die neue Scheidemünze sollte schon nach letzterem geprägt werden.

Der **Tilgungsfond** habe neun Millionen jährliche reine Einnahme, welcher Ueberschuß zur Deckung der currenten Staatsausgaben verwendet werde.

Verminderung der **Abgaben** könne man aus dem Grunde der Erhöhung des Wohlstandes als Finanzmaßregel vorschlagen. Bei den Zöllen soll diese Einrichtung getroffen werden. Einfuhrverbote wären jetzt mit 60% bemessen. Ihre Aufhebung werde jedenfalls von Vortheil sein. Verstärken müsse er aber, daß, wo er es für thunlich halte, Verminderungsvorschläge sogleich von ihm eingebracht würden. Verminderung der **Verwaltungsausgaben** habe vorsichtig zu geschehen. Erst müsse eine vereinfachte Geschäftsbehandlung eintreten, dann werde auch das Beamtenheer sich verringern. Was speciell von der Finanzwache gesagt worden, müsse er allerdings zugeben, daß sie in Galizien wegen der vielen Branntweimbrennereien zu einem Mißverhältnisse angewachsen sei. Doch habe sie sich seit dem Mißrathen der Kartoffelernte bedeutend verringert. Dem

Hause aber habe er die angenehme Eröffnung zu machen, daß im Budget dieser Posten mit einer Million geringer angelegt sei.

Das Privilegium der Nationalbank sei von einer Bedeutung, die nicht erlaube, jetzt darauf einzugehen. Doch glaube er, daß bei Berathung des Budgets sich Gelegenheit dazu finden werde.

Zur Tilgung der Gmundner Anweisungen bemerkte er, daß selbe der Bank übergeben worden seien. Diese habe darauf Vorschüsse nicht zu 5, sondern zu 4% geleistet. Sie setze solche ab und verminderte dadurch den Banknotenumlauf. Es sei also wegen des Vertrages die Bertilgung rechtlich unmöglich, wegen der Notenreducirung finanziel nicht rathlich.

Endlich müsse er bemerken, daß ein Redner gar nichts bewilligen wolle. Dagegen müsse er entschieden protestiren, denn man könne das Ministerium unmöglich aufreiben wollen.

Zum Schluß erkläre er feierlich, daß ein solcher Hilfsantrag nicht mehr vorkommen solle. Er hoffe dieß zuversichtlich um so mehr, als die Kammer den Staatshaushalt regeln werde.

Unter Beifall verläßt er endlich die Tribüne. Abgeordneter Pillerstorff vertheidigt nochmals in den alten Frasen den Ausschußbericht und es wird sodann zur Abstimmung geschritten. Wir gestehen, daß uns eine so schauerhafte Verletzung der heiligsten der Pflichten, Wahrung der Volksrechte, bis gestern als Chimäre erschienen war, wie sie uns bei der gestrigen Abstimmung mit Entrüstung und Schmerz zugleich erfüllte.

Mit einem wahren Terrorismus stürmte man über den wichtigen Antrag weg, dem schwergedrückten, ausgefaugten Volke eine Schuldenlast von 20 Millionen neuerdings aufzubürden. Einer Angelegenheit von solcher Bedeutung konnte keine laugere Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil vielleicht die Stunde des Abendessens schon herangekommen war. Es ist sehr leicht, einige Stunden des Tages auf einer gepolsterten Bank zu sitzen, ohne mehr Leben denn eine chinesische Pagode zu zeigen; es ist schwierig, für des Volkes Recht zu sprechen, es ist am schwierigsten aber des Volkes Rechte zu wahren im Momente der Entscheidung. Dieses Schwierigste ist die Pflicht eines Volksvertreters. Das Vertrauen des Volkes hat sie auf diesen Platz gestellt, sie haben es gestern getäuscht. Das kleine Häuflein der wahren Volksfreunde in der Kammer wurde stets erdrückt von einer schlaffen und ignoranten Majorität, die vor loyaler Bedelei gar nicht zum Bewußtsein ihrer Stellung kommen konnte. Millionen, das könnten diese Herren wohl wissen, sind keine Kieselsteine, die man wegwirft, bloß um sie los zu werden. Der Finanzstand Oesterreichs ist wirklich kein so großartiger, daß man so ganz unverantwortlich darauf pochen kann. Bei dieser heillosen Wirthschaft mit dem Marke des Volkes stand aber das berühmte Centrum oben an. Es bemühte sich mit möglichster Ueberstürzung dem Finanzministerium die Anleihe an den Hals zu werfen. Diesen Herren wollen wir bemerken, daß es noch ernstere Dinge gibt, als Lobhudelei eines, wenn auch noch so braven Generals; daß es eine heiligere Pflicht sei, für Volkswohl zu sorgen, als einer Armee ein Dankesvotum zu geben. In einem Athem die Humanität gegen Besiegte durch Verwerfung des Gobbi'schen Antrags wegen Italien mit Füßen treten, und eine neue drückende Schuldenlast auf ein schwergeprüftes Volk werfen, muß gerade in diesem Augenblicke jeden Redlichen mit Zorn und Behmuth erfüllen.

(Reichstags-sitzung vom 22. August 1848.) Es langen drei Proteste der Minorität gegen den gestrigen Vorgang bei

Abstimmung über die Finanzfrage ein: und zwar einer, gezeichnet von 28 Mitgliedern der Linken, einer vom Abgeordneten Klauudy, einer vom Abgeordneten Pienczykowski.

Diese Abgeordneten bestätigen also, was wir in unserm gestrigen Abendberichte ausgesprochen. Borrosch wünscht vom Präsidenten Auskunft, ob über diese Proteste keine Debatte eröffnet werden könne. Der Präsident verliest dem Abgeordneten einen Paragraph der Geschäftsordnung.

Borrosch erhebt sich wieder und will nochmals über Sobbi's Antrag und Punkt sieben (Goldmarks Antrag) sprechen. Der Präsident ergreift abermals die Geschäftsordnung und Borrosch wird von ihm ganz todt geschlagen.

Abgeordneter Zonal beginnt mit einer Lobpreisung der schwarzweißen Rechte in der Nationalversammlung zu Frankfurt und fragt dann, ob Frankreich und England in Italien interveniren, wie weit deren Vertreter an den Verhandlungen in Mailand sich betheiligen, welches das Verhältniß der Centralgewalt zu diesen Verhandlungen sei, welche Politik in Italien befolgt werden solle?

Dobhoff erwidert, Bessenberg werde Morgen in der Kammer erscheinen. Der großbritannische und französische Gesandte haben Aufträge, doch sind noch keine Eröffnungen geschehen. Eine Mediation, nicht eine Intervention sei beantragt. Das Frankfurter Reichsministerium sende ebenfalls einen Abgeordneten, sich an Ort und Stelle zu unterrichten.

Abgeordneter Reichel fragt, ob die französische Republik und in ihr das Princip der Demokratie bereits anerkannt werde?

Minister Dobhoff entgegnet, am letzten Sonntag sei der französische Gesandte bereits in öffentlicher Audienz vom Kaiser empfangen worden.

Abgeordneter Zhiensfeld fragt, ob der Lohnabzug die Ursache der gestrigen Bewegung gewesen; ob nicht, mit Hinblick auf das Plakat des demokratischen Vereins, eine politische Tendenz dabei gewesen und welche Vorkehrungen für die Zukunft getroffen worden seien.

Minister Schwarzer gesteht den Lohnabzug als Ursache zu. Er sei durch Mißbrauch von Seite der Professionisten, welche von ihren Handwerken zu Staatsarbeit sich gedrängt, nothwendig geworden. Das Ministerium werde stets mit Energie handeln und für jetzt sei die Ruhe hergestellt.

Justizminister Bach erklärt bezüglich des Plakats, daß er das Associationsrecht stets schützen, dessen Mißbrauch aber nie dulden werde. Mit vieler Weitschweifigkeit verwahrt er das Ministerium gegen republikanische Tendenzen. Wir glauben, daß diese letzte Erklärung sehr taktlos war, denn, wenn die Minister eines constitutionellen Fürsten sich selbst die Ehrlichkeit nicht absprechen wollen, können sie keine republikanischen Tendenzen verfolgen.

Die Interpellation des Abgeordneten Staudenheim ist so wichtig, daß wir uns ihre Mittheilung ersparen.

Kriegsminister Latur bedauert den Krieg an Ungarns Südgrenze. Er theilt mit, daß außer ungarischen Regimentern nur ein Mlanenregiment, ein polnisches, ein italienisches Infanterie-Regiment, eine kleine Abtheilung deutscher Cavallerie sich dort befänden. Es seien Anordnungen getroffen, die nichtungarischen Officiere ungarischer Regimenter nach und nach zurück zu ziehen.

Niederhuber.

Ein Wort über die akademische Legion und über den Gemeindeauschuß.

Ich lege das große Buch der Weltgeschichte auf, vor dem Publikum, vor ganz Deutschland, vor ganz Europa, und lade jeden ein, Blatt für Blatt zu prüfen, ob noch ein Beispiel darin zu finden, daß eine Körperschaft, wie die akademische Legion es ist, in einer solchen Weise ein großes im Unglück versunkenes Reich gerettet und ein großes in den Ketten der Sklaverei zu Boden gedrücktes Volk aufgerichtet und befreit hat; ob die Großthaten der akademischen Legion und ihre Verdienste um das Reich und die Nation, um das ganze deutsche Reich, um die ganze deutsche Nation, ihres Gleichen finden. Wenn Oesterreich frei ist, so hat es die akademische Legion frei gemacht, wenn Deutschland frei ist, so hat es die akademische Legion befreit, wenn Oesterreich selber kein Ganzes als dienendes Glied an ein Ganzes sich anschließt, wenn das freie, auf wahre Volksherrschaft gegründete Oesterreich ein großer Abschnitt ist von dem freien, auf wahre Volksherrschaft gegründeten Deutschland, so sind dieses Bestrebungsfolge der akademischen Legion, und wenn dem österreichischen Staat und dem deutschen Reiche die schönste Zukunft entgegenkommt, so ist es die akademische Legion, welche sie dieser schönen Zukunft entgegenführt.

Dann schlage ich noch einmal auf das große Buch der Geschichte, und lade ein zur Untersuchung, ob noch je eine Körperschaft nach so großen Thaten bei so großen Verdiensten und bei so großen segensreichen Erfolgen so kleine und bescheidene Ansprüche gemacht hat, wie die akademische Legion, und ob noch ein Beispiel aufzuweisen ist, daß für so große Heldenthaten, für so edles Bestreben und für das uneigennützigste Wirken nicht einmal der Lohn der Anerkennung, nein, gar kein Lohn gefordert wurde, als der, auf welchen man zu verzichten nicht in seiner Macht hat, der Lohn, welchen das Bewußtsein erteilt, der Lohn, welchen die Weltgeschichte zuzieht. Noch einmal schlage ich auf das Buch der Geschichte, und lade ein zu vergleichen, ob noch je für so großes Verdienst und für so kleine Pretention mit so viel Verleumdung, mit so viel Verdächtigung, mit so viel Haß und Bosheit, mit so viel Rohheit und Niederträchtigkeit mit so vielen der schändlichsten Motive des Undanks gedankt wurde, wie der akademischen Legion von Seiten eines, wenn auch nur geringen Theiles der Bevölkerung Wiens. Ist diese Entsehung natürlich? Sie wäre es in keinem Fall, wenn man nicht mit Bestimmtheit sagen könnte, daß alle jene, welche gegen die akademische Legion die Zähne fletschen und knurren, unter welcher Gestalt und Farbe sie auch vorkommen mögen, zusammen die Eine häßliche, schmutzige und anwidernde Canaille, der Auswurf der Wiener Bevölkerung, der Bodensatz des in der Feuerfreiheit geläuterten Volkes sind.

Die Feinde der akademischen Legion sind nicht ihre Feinde, sondern die des Volkes und seiner Freiheit, und weil die akademische Legion mit tausend Augen unausgesetzt Wache hält, daß das Fettstück des Lebens, die Freiheit, dem hungrigen Volke von jenen unerfättlichen und geizigen Gunden nicht gewaltsam entrissen oder abgeschmeichelt werde; weil die akademische Legion viel tausend Augen, viel tausend Köpfe und nur einen Gedanken und nur einen Willen für das Wohl des Volkes hat, deshalb laufen gewisse Polizeimenschen unermüdet, wie eine Schaar von Koppelhunden bellend her hinter der akademischen Legion, um sie auseinanderzuhegen, um sie aufzulösen. Das ist das ganze Geheimniß von der Schwarz-Selbstsucht, mit welcher man den Fortbestand der akademischen Legion zu verhindern, sich anstrengt. Darum, weil man in dem Beginnen auf Gott und den Himmel nicht rechnen kann, darum macht man Allianz mit der Hölle und

dem Teufel, darum macht man die akademische Legion zu republikanischen Wühlern, zu Monarchenfressern, zu unbändigen Kommunisten, zu Feinden des Friedens und der Ruhe, zu Arbeiterhegern, zu Juden, wenn es vielleicht nügen kann, und zu Teufeln. Und darum ist das Schlupfwort aller bösen Reden und giftigen Verläumdungen, welche gegen die akademische Legion gerichtet werden, kein anderes, als: „die akademische Legion muß aufgelöst werden.“ Aber eben auch darum, weil die Zahl der Erbärmlichen, und wären es ihrer auch Tausende, doch noch immer verhältnißmäßig gering ist, denn die abgefeimtesten Böfewichter gedeihen nicht so leicht, und es gehört ein angeborenes eigenes Genie dazu, so schurkenhaft zu sein wie unsere Aulafresser; — und weil die akademische Legion einen Namen hat, der so rein ist wie ihr Bewußtsein und noch so viel Muth hat, und Entschlossenheit, und Selbstverläugnung, wie sie sie bisher an den Tag gelegt, und weil der Reichstag die akademische Legion hochgeehrt und erhoben hat, und weil das Ministerium ihr schützend zur Seite steht, über Alles aber, weil jeder ehrliche Mann im Volke aus der ganzen Monarchie Gut und Blut einzusetzen bereit ist für die akademische Legion, so wie diese ihr Leben für das Volk schon wiederholt eingesetzt hat, und die That zu wiederholen entschlossen ist; darum wird die akademische Legion nicht aufgelöst werden. Darum mögen die Hunde bellen, mögen Aufschwungspetitionen zirkuliren, mögen Wölfe und Ebersberge heulen, mögen Simpel und Bivenote schreiben, möge die ganze Brut der schwarzgelben Vögel ihre Schnäbel aufreißen, die akademische Legion bleibt und steht mit der Freiheit des Volkes, für die Freiheit des Volkes.

So wie die akademische Legion in ihrem Bewußtsein sowohl, als auch in ihrer Geltung die festesten Garantien für ihren Fortbestand hat, so ist anders nur ein Ding hier vorhanden, welchem jede Bedingung seines Fortbestandes fehlt. Dieses Ding nennt sich Gemeindeauswurf. Es ist ausgestattet mit dem schwarzgelben Bewußtsein seiner reactionären Bestrebungen, es hat große Geltung bei den schwarzgelben Stadtvierteln, es ist anmaßend, es ist verhaßt und geächtet bei der ganzen Bevölkerung, es wird sterben, es ist schon gestorben, und sein schwarzer Geist schwebt hoch über alle reactionäre Seelen und betet für dieselben alle seine bisherigen Verhandlungen, und verflucht die akademische Legion mit allen Verfluchungsformeln, und in der Hölle wird Platz gemacht für den neuen Gast, und Gott im Himmel hat seine Freude daran, und die Engel und die guten Geister tanzen, und die akademische Legion lacht, und das Brod wird größer, und das Fleisch wird wohlfeiler, und die Arbeiter essen sich satt, selbst für fünfzehn Kreuzer Tagelohn, und die Ochsen brüllen, und **Bivenot** winselt vor Schmerz und Demuth.

Josef Groska.

Ungarn. Die „Schwarzgelben“ sind in Pancsova committirt worden — Georg Stratimirovits, der General en chef der serbischen Räuberbanden, der Präsident des Mördercomitees in Carlowitz hat an alle Juden, Heiden, Türken, Serben, Zigener, Kroaten, Walachen und sonstige Freunde der auf Plünderung, Brand und Schändung gestützten „Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ einen Aufruf ergehen lassen, in welchem er erklärt, daß er „im Namen des Kaiser-Königs Ferdinand den Krieg gegen Ungarn führt.“ — Die majestätbeleidigende Frechheit kann auf keinen höhern Grad getrie-

ben werden! Die Heiligkeit des Königthums ist durch einen in der neueren Geschichte Europa's noch nicht dagewesenen Frevel verletzt worden! Das Maß der Verbrechen ist voll — jetzt muß nicht bloß das ungarische, sondern auch das deutschösterreichische Ministerium dieser Schändlichkeit eine Grenze setzen, wenn nicht das Ansehen und die Würde der Krone durch Barbarenhorden vor den Augen der Völker und der gebildeten Welt geschändet bleiben soll. — Stratimirovits setzt in seiner, vom 24. Juli datirten Kundmachung alle bisherigen Odrigkeiten, General-, Regiments- und Grenzcommandanten, alle Comitae und Magistrate ab, und fordert die Einwohner alle auf, ihnen jeglichen Gehorsam zu verweigern. An die Stelle der alten Odrigkeiten fordert er (im Namen des Kaisers) auf, neue Odbors (Comitee) zu bilden, die unter das Kreisamt in Pancsova, so wie dieses unter das Hauptcomitee in Carlowitz zu stellen seien. „Ich trage Euch auf — schreibt er — alle Widerspenstigen, sie mögen Geistliche oder Weltliche und weß immer Geschlechts Personen sein, als Verräther sogleich binden zu lassen und vor dieses Kreis Comitee zu bringen, um sie der verdienten Strafe zu unterziehen.“

„Wer sich unterfangen sollte, dieser Verordnung entgegenzuhandeln, wird als Verräther überliefert und auf das strengste bestraft werden. Unter die Verräther zählt alle diejenigen: 1) welche Aufträge oder sonstige briefliche Correspondenzen vom General-Commando, von sonstigen magyarischen Behörden, oder selbst vom magyarischen Ministerium annehmen und beachten, ohne es unverzüglich dem Comitee gemeldet zu haben; 2) welche Blei, Pulver und Waffen geheim aufbewahren; 3) die mit unseren Feinden verkehren, geheime Zusammenkünfte und Berathungen halten, und 4) alle diejenigen, welche den von diesen neu eingesetzten Behörden ergangenen Verfügungen widerstreben; 5) wird befohlen, alle Waffen, sie mögen kaiserliches oder Privateigenthum sein, binnen 12 Stunden auszuliefern. Wer sich widersetzt, wird als Verräther behandelt. Ganze Ortschaften, welche diesem Befehle nicht nachkommen sollten, werden, wie St. Michael und Uzdine niedergemacht werden. — Sollten k. k. oder österreichische Ministeriumsbefehle Euch zu Gesichte kommen, so werdet ihr selbe sogleich dem Comitee in Pancsova zur Prüfung vorlegen, um zu ergründen, ob dieselben nicht falsch oder erdichtet sind“ (d. h. ob sie serbische Räubereien begünstigen oder nicht). — Zum Obercommandanten aller serbischen Truppen und Lager ist Lieutenant Bobalics ernannt, den das Beispiel Jelasichs, des begünstigten Rebellen, zur eigenen Erhebung reizt. In solcher Weise ordnen sich die Verhältnisse Ungarns und Oesterreichs! Ein weiterer Erlaß verbietet den Kaufleuten den reichen Johanni-Enthauptungs-Markt in Pesth zu besuchen, statt dessen am 23. Sept. eine große Messe in Semlin abgehalten werden soll. — Jelasich hebt die Warasdiner Oberpostverwaltung gänzlich auf, um an deren Stelle eine neue in Agram zu creiren — und Oesterreich's Minister schweigen, ruhen, schlafen — und sind doch doch keine Bruttusse!! —

F.

Vereinigte Staaten von Deutschland. Wien. Auf Antrag des Ministeriums hat der Kaiser aus Anlaß seiner Rückkehr nach Wien durch Entschliebung vom 19. August der Staatsanwaltschaft aufgetragen, von allen bisher überreichten Klagen, so weit sie die Uebertretung des §. 11 der Verordnung in Presssachen vom 18. Mai 1848 zum Gegenstande haben, abzustehen und die Uebereichung von Klagen wegen Uebertretungen der bezeichneten Art, welche der Kundmachung dieser kaiserl. Entschliebung vorangingen, zu unterlassen.

Frankfurt, 61. Sitzung der Nationalversammlung. Gagern berichtet über das Dombaufest. — Bravo!! Bravo! die schon verlorengegläubte Ein-

heit hat sich wieder gefunden. Sie war en masque beim Dombauffeste! Michel hat wieder Stoff zu etwelchen Rührungen! —

„Wir Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt“ haben — einen etwas confus sthlylirten Beschluß gefaßt — woraus wenigstens so viel ersichtlich, daß man endlich auch in „unserer großen Rathöverversammlung“ zur Einsicht gekommen, daß Reformen Noth thun.

Die freie Stadt Frankfurt will ihre altgothische unfreie Puderbeutelverfassung ablegen und sich eine neue zeitgemäße geben.

Köln. Aus Anlaß des in den 5 Riesenombauffestspalten der Kölner Zeit. beschriebenen Dombauffestes ist preußischer Seite folgendes an Orden consumirt worden:

Rothcr Adlerorden 1. Classe (ja nicht zu übersehen: ohne Eichenlaub)	1 Stück
Rothcr Adlerorden 2. Classe (ja nicht zu übersehen: mit Eichenlaub)	2 „
Rothcr Adlerorden 2. Classe (ja nicht zu übersehen: ohne Eichenlaub)	1 „
Rothcr Adlerorden 3. Classe (ja nicht zu übersehen: mit der Schleife)	1 „
Rothcr Adlerorden 3. Classe (ja nicht zu übersehen: ohne Schleife)	3 „
Rothcr Adlerorden 4. Classe (ja nicht zu übersehen: ganz schlechtweg, vermuthlich geringere Sorte)	7 „
Allgemeine Ehrenzeichen	2 „
Große goldene Medaille	1 „

Zusammen 18 Stück

Ob das Zeugß alles aus Nürnberg gekommen, das steht nicht dabei — ausgeheilt ist's worden unter die sich brav ausgeführt habenden großen Kleinen im Schloß Brühl an den Ufern des gewaltigen in männlicher Würde dahinfließenden Rheinstromes; aber: „groß, ewig denkwürdig in allen seinen Erscheinungen war der gestrige Tag (der Dombauffesttag) nicht allein für Köln, nein für ganz Deutschland,“ sagt die gute alte Kölnerin in ihren 5 riesigen Dombauffestspalten.

Dessau. Bei Berathung der Adresse an den Ländchensvater wurde beantragt, die persönlichen Fürwörter also hinzustellen, wie sie sich in jeder menschlichen Grammatik vorfinden und statt „höchst sie“ — sie, statt „höchst ihre“ — ihre zu setzen — allein von Dessau soll nun einmal die große deutsche Styrrevolution nicht ausgehen — der Antrag fiel durch.

Hamburg. 18. August. Die Revolution ist nun beendet, ein hochweiser Senat, hat endlich die letzte Concession gemacht. Die goldene Bulle dieser Revolution ist folgendes Aktenstück, daß so lammfromm senatorisch beschlafmüget erscheint, daß man es erst einige Mal durchlesen muß, um die Befestigung einer Revolution daraus heraus zu finden. Das Conclusum des Senats, das Hamburg in Jubel versetzte, lautet:

„Nach sorgfältiger Erwägung der eingegangenen verschiedenen Petitionen ist der Senat seinerseits der Ansicht, daß die Feststellung der künftigen Verfassung abseiten der zu diesem Zwecke zu berufenden constituirenden Versammlung unabhängig von Rath und Bürgerschaft zu beschaffen sein werde, und wird er daher seinen Antrag an erbgesessene Bürgerschaft hierauf richten.“

Kiel. In der dritten Sitzung der constituirenden Versammlung von Schleswig-Holstein (17. Aug.) wurde die Wahl der 15 Mitglieder des Verfassungsausschusses vorgenommen.

Französische Republik. Hinsichtlich Italiens hat sich der kriegerische Geist etwas gelegt. — Die Friedensmänner geben den Ausschlag — und alles hofft jetzt die diplomatischen Unterhandlungen werden Italien jene Unabhängigkeit geben, die es sich mit dem Schwere nicht zu erringen vermochte! Darin sind wenigstens auch Friedenspolitiker einig, daß zu einem dauernden Frieden etwas anderes gehöre als die Territorialverhältnisse so wieder herzustellen, wie sie vor dem Ausbruch der Revolution waren.

Der „National“ macht dem deutschen Volke heftige Vorwürfe, „daß es in der italienischen Sache nicht eine würdigere Stellung eingenommen und England und Frankreich die Vermittlerrolle überlassen haben, während es Siegen zujuble, welche nur seinen Fürsten Waffen gegen die Freiheit in die Hand gaben.“

Wir hatten schon einmal Gelegenheit zu bemerken, daß die Beurtheilung Deutschlands von Seite der französischen Publicisten in dieser Beziehung eine ganz irrthümliche ist — und will man sie nicht absichtlichen Falschsehens zeihen, so

kann man nur annehmen, sie seien so unglücklich, die Frankfurter „Rechte“ für Deutschland zu nehmen! R—f.

Notizen.

(Der vereinigte Ausschuß, Sitzung v. 21. August 1848. Die Sitzung wird unter fürchterlichen Lärm der unten versammelten Arbeiterinnen eröffnet. Der 30pfige Gemeindevausschuß hat eine Bravour ausführen wollen und ohne Zuziehung des Sicherheitsausschusses eine Ministerialverordnung der Arbeiter bekannt gegeben, daß die Arbeiterinnen von nun an einen Abzug von 5 kr. C. M. täglich erleiden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, in der Meinung, daß dies vom Sicherheitsausschusse ergangen, überließen diesen, welcher von nichts in Kenntniß gesetzt wurde, weder vom Ministerium, noch vom Gemeindevausschusse, noch vom Arbeiter Comité, weswegen eine Deputation zu Doblhoff verabschiedet wurde, um zu erfahren, welche Stellung der vereinigte Ausschuß an diesem Tag hätte, daß er diesmal ganz übergangen wurde. Doblhoff erwiderte der Commission: daß seiner Ansicht nach der vereinigte Ausschuß weder in seiner bisherigen geselligen Stellung, noch in seiner ihm übergebenen Aufgabe irgend welche Modification erlitten habe. Er müsse daher an die Bürgerpflicht des Ausschusses die Forderung stellen, daß derselbe seine Aufgabe so wie bisher auch fortan und namentlich in der bestehenden jetzigen schwierigen Lage mit der Aufopferung erfüllen, wie er es bisher gethan hat. Welche Antwort mit Zufriedenheit aufgenommen wurde. — Doch wünschte Herr Pfundheller: daß der Ausschuß in seinem heutigen Protocolle anführe, daß er die Verantwortlichkeit des heutigen Tages von seinen Schultern wälze und sie in vollem Maße jenen tragen lassen müsse, die ohne Zuthun jenes Ausschusses Gewaltmaßregeln zu ergreifen für gut fanden. Einstimmig gebilligt. — Es werden zwei Loyalitätsadressen, 1. von der 18. Compagnie des Bezirks Wieden und die andere von der 5. Medizinercompagnie verlesen. Der Ausschuß hat's jedoch für gut erachtet, eine für diese Tage permanente Sitzung zu halten. — Nachmittags kam zur Ueberraschung aller Ausschußmitglieder ein an den Gemeindevausschuß gerichteter Ministerialerlaß, daß diesen Ausschuß unmittelbar mit dem Nationalgarde-Commando in Verbindung setzt, und daß diesem auch nöthigenfalls das Militär zur Verfügung bereit sei. Das Ministerium hat also wieder den vereinigten Ausschuß übergangen, was eine allgemeine Entrüstung hervorbrachte. Doblhoff und Fischhoff haben sich beim Ausschuß und der akademischen Legion um alle Achtung gebracht. Beide waren mehrere Male beim Gemeindevausschuß, ohne den vereinigten Ausschuß besucht zu haben. Bisher war der vereinte Ausschuß die Hauptstütze des Ministeriums, was erfolgen wird, wenn der vereinigte Ausschuß abtreten sollte, das wollen wir nicht vorhersehen. — Zu bedenken bleibt's doch stets, daß der vereinigte Ausschuß die Sympathien der Intelligenz, Würde und des Landvolkes genießt und das einzige Zutrauen der Arbeiter besitzt. Abends besuchte den Ausschuß der provisorische Obercommandant Streffleur, er wird wegen seiner militärischen Anordnungen scharf interpellirt, doch zieht er sich aus der Falle durch Seitensprünge und unter andern, daß ihm eine Note von der Stadthauptmannschaft über das Ausrücken der Garde zugekommen wäre, und später vom Gemeindevausschusse. — Der Stadthauptmann wird mittelst Deputation zur Rechtfertigung vorgeladen, doch dieser zeigt an, daß ihm eine Note vom Arbeitercomité durch Herrn Reiter, einen Münchener Architect, zugekommen wäre, auch dieser wird um 1 Uhr vorgeladen und streng aufs Korn genommen, und weiß sich kaum zu rechtfertigen; es wird eine strenge Untersuchung gegen ihn eingeleitet. — Die Sitzung perma-

nirt auch in der Nacht durch und beschließt, keine executiven Mittel sich für jetzt zu bedienen, und nicht eher als bis die äußerste Noth es erheischt und mittelst Commissionen mit der Lage der Stadt sich vertraut zu machen. In der Nacht fällt nichts von Belang vor, die Stadt ist in der schönsten Ruhe.

(Wie der dießbezopfte Magistrat der I. f. Stadt Baden nach dem 26. Mai 1848 Gerechtigkeit, Freiheit und Deffentlichkeit anerkennen thäte.)

Laut Erkenntniß dieses noch nicht zur Erkenntniß seiner Unfähigkeit gelangten Magistrats dd. 17. August d. J. wurde Frau Anna Schmidt, 80 Jahre alt, welche den Nationalgarben Sandl wegen thätlicher Mißhandlung einer Frau öffentlich zur Rede stellte, zu einer Geldstrafe von 10 fl. C. M. verurtheilt, weil sie die Ehre? dieses Burschen, den die Nationalgarde in Baden hoffentlich aus ihren Reihen stoßen wird, dadurch verletzt haben sollte; — dagegen hat derselbe dießbezopfte und wohlgenährte Magistrat an demselben Tage dieser mißhandelten Frau, als sie bescheiden anfragte, welche Genugthuung sie wohl erhalten würde, kurz und grob erklärt: dieß ginge sie nichts an — dieß wäre nach den **alten Vorschriften** ein Amtsgeheimniß, und die neuen gelten nur für Wien.

Man weiß nun nicht, ob man mehr die graße Stupidität dieses Amtskörpers beklagen, oder die Gutmüthigkeit der freien Bürger Badens bewundern soll, welche diese Uebergriffe geduldig hinnehmen.

Nur die Gutmüthigkeit eines Oesterreichers, und die lange Gewohnheit der Knechtschaft kann solche Unverschämtheit igt noch ertragen.

Der Redaction ist vom provisorischen Preßgerichte Folgendes zugestellt worden:

Ueber Einschreiten des Dr. Leopold Landsteiner, verantwortlichen Redacteurs der Zeitschrift „Presse“ wird Herr L. Häfner, als verantwortlicher Redacteur des Tageblattes „die Constitution“ wegen des in Nr. 90 dieser Zeitschrift am 12. Juli 1848 erschienenen Artikels: „erstes und letztes Wort über Dr. Landsteiner und die von ihm redigirte Presse“ auf Grund des §. 14 der provisorischen Vorschrift gegen den Mißbrauch der Presse vom 18. Mai 1848 in Anklagestand versetzt, und die Voruntersuchung dem k. k. Rathspräsidenten Freih. v. Eschenburg aufgetragen. Herr Redacteur L. Häfner wird aufgefordert, die erfolgte Klage gemäß §. 7 des citirten Gesetzes in dem von ihm redigirten Blatte alsogleich anzuzeigen.

Reda.

Vom k. k. n. ö. Landrechte als provif. Preßgerichte.

Wien, am 18. August 1848.

Weltfche.

Die Verantwortung des Artikels „Erstes und letztes Wort über Dr. Landsteiner und die von ihm redigirte Presse“ übernimmt der Verfasser.

König.

U n f ü n d i g u n g e n .

Kurze Antwort des J. B. Körner, Mitglied des Gemeinde-Ausschusses gegen die in dem Blatte Nr. 118 der Constitution vom Herrn Sebastian Höp gemachten Aeußerung, und zwar Ein für allemal.

Eine alte Sage, wer nicht wohl hört, der reimt wohl! — Wenn eine Rede so wie die feine Seinige von zwei Individuen entfällt, nämlich: von dem Herrn Zeitungs-Berichterstatter in einem mangelhaften Bruchstück schriftlich aufgeführt und von einem Zweiten unrichtig aufgefaßt wird; so ist es leicht begreiflich, wenn für den Sprecher ein schiefes Urtheil entfällt. — Also auch hier! — Der Gefertigte findet es unter seiner Würde, dem Herrn Segner mit ähnlichen Vorwürfen zu begegnen, glaubt, daß Jeder, der ihn kennt, besser von ihm urtheile, und denkt dabei, wie einst ein Dichter sprach:

Wenn dich des Segners Stachel sticht,
So laß es dir zum Troste sagen;
Die schlechtesten der Früchte sind es nicht,
An die, — die Hummeln nagen! —
J. B. Körner.

Bekanntmachung.

Deutsche Schwerte, mit neu erfunde-

nen, stählernen Griffen und beweglichen Faulkörben, welche an Schönheit und Zweckmäßigkeit, alle bisher Vorhandenen übertreffen dürften, sind gefälligst einzusehen und zu haben, in der Schlosserwaaren-Niederlage des Herrn Friedrich Göhde, Stadt, Neuen Markt und beim unterzeichneten Erfinder.

Wenzel Tersek,

bürgl. Schlossermeister im Bau- und Galanterie-fache, Koflau, Porcellangasse Nr. 161 in Wien.

(2—3)

Ein kleines sehr niedliches Haus

in Erdberg nächst der Kirche, versehen mit zwei kleinen Höfen, hübschen Hausgarten, guten Brunnenwasser, Keller, Boden u. c., ist unter sehr billigen Bedingungen aus freier Hand wegen Familienverhältnissen zu verkaufen, das sich für eine Familie be-

sonders eignet. Wahre Käufer erhalten nähere Auskunft in der Stadt, Salzgrieß Nr. 208, 1. Stock, Thür Nr. 8.

(2—3)

Ein junger Mann, der die höhern und Rechts-Studien vollendet hat, der ungarischen Sprache überdieß mächtig ist, und im Conceptfache bereits geübt hat, wünscht eine seinen Fähigkeiten und Kenntnissen angemessene Verwendung. Adresse zu erfragen im Redaktions-Bureau der Constitution, Kohlmarkt Nr. 260.

(3—3)

Haus in einer nahen Vorstadt zu vermietthen.

Zu jedem großartigen Geschäfte, besonders für Fabrikanten, geeignet, oder zu verkaufen unter sehr billigen Zahlungsbedingungen. Nähere Auskunft, neue Wieden, Hauptstraße Nr. 641, 1. Stock.

(2—3)

Börsenbericht vom 22. August 1848.

Metall. Obligat. zu 5%	79 7/8	Anlehen vom Jahre 1834	131	Esterházy Lose à 20 fl.	22	Glogntzer Action	96
„ „ „ 4%	63 1/2	1839	85	Waldstein'sche Lose	19	Pesther	65
„ „ „ 3%	49	Esterházy Lose à 40 fl.	51	Nordbahn-Action	106 1/2	Gmundner	170
Bank-Action	1085	Windischgrätz Lose	18	Mailänder	75	Dampfschiff	480

Man pränumerirt in Wien im Jakoberhof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redaktions-Bureau, Kohlmarkt Nr. 260, 2. Stock.